

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F02
VERSION:	R2.0.9.S02
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	ECAS_nseyanne
NO_DOC_EXT:	2017-172517
SOFTWARE VERSION:	9.6.5
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	richter@hmw-markkleeberg.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Programmbegleitung im Bund-Länder-Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" (SOP) für das SOP-Fördergebiet "Brandiser Mitte" in Brandis

51.10.08.00

Markt 1-3

Brandis

04821

Deutschland

Kontaktstelle(n): Stadt Brandis, Markt 1-3, 04821 Brandis

Telefon: +49 34292/65512

E-Mail: verwaltung@stadt-brandis.de

Fax: +49 34292/65528

NUTS-Code: DED52

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.stadt-brandis.de/de/>

Adresse des Beschafferprofils: <http://www.brandis.eu/de/wirtschaft-entwickeln/ausschreibungen>

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.brandis.eu/de/wirtschaft-entwickeln/ausschreibungen>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Programmbegleitung im Bund-Länder-Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" (SOP) für das SOP-Fördergebiet "Brandiser Mitte" in Brandis

Referenznummer der Bekanntmachung: 51.10.08.00

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71000000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Stadt Brandis hat aufgrund eines Stadtratsbeschlusses Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" (SOP) beantragt. Diese wurden bewilligt. Diese wurden aufgrund Zuwendungsbescheides vom 17.08.2017 für den Bewilligungszeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2021 bewilligt. Die Antragstellung dieser Fördermittel wurde durch die DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksgesellschaft unterstützt. Für die Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung der Maßnahme im Fördergebiet "Brandiser Mitte" soll ein externes Büro beauftragt werden. Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus den schon vorhandenen Unterlagen, die vollständig auf der Internetseite <http://www.brandis.eu/de/wirtschaft-entwickeln/ausschreibungen> veröffentlicht sind.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 7 500 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71248000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DED52

Hauptort der Ausführung:

Stadt Brandis

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gegenstand des Auftrages sind sämtliche Betreuungsleistungen im SOP-Programmgebiet "Brandiser Mitte" zunächst für den Zeitraum 01.03.2018 bis 29.02.2020 bzw. optional Verlängerungen um jeweils ein Jahr, bis maximal zum voraussichtlichen Maßnahmeende 2026. Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus den schon vorhandenen Unterlagen, die vollständig auf der Internetseite <http://www.brandis.eu/de/wirtschaft-entwickeln/ausschreibungen> veröffentlicht sind.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Darstellung der Herangehensweise an die Aufgaben / Gewichtung: 60

Qualitätskriterium - Name: Darstellung eines Referenzprojektes / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Darstellung des Personalkonzeptes / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Darstellung und Herangehensweise an die Überwachung der Fördermittelverwendung / Gewichtung: 5

Kostenkriterium - Name: Kosten/Honorar unter Berücksichtigung der VwV StBauE des Sächsischen Staatsministeriums des Innern / Gewichtung: 15

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 300 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/03/2018

Ende: 29/02/2020

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Optional jeweils um ein Jahr bis maximal zum voraussichtlichen Maßnahmeende 2026

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auftraggeberin wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge anhand der in der vorliegenden Bekanntmachung benannten Nachweise und Erklärungen formal und inhaltlich prüfen und bewerten. Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben, der die formellen Mindestkriterien/-Anforderungen erfüllt, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Die Auftraggeberin wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber, sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und fachlichen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden, und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die zur Verhandlung aufgefordert werden. Die einzureichenden Unterlagen sind vollständig auszufüllen und durch eine vertretungsberechtigte Person handschriftlich gegenzuzeichnen. Es sind die auf der Internetseite <http://www.brandis.eu/de/wirtschaft-entwickeln/ausschreibungen> eingestellten Formular zu verwenden. Die geforderten Nachweise sind vorzulegen. Ist die Vertretungsberechtigung nicht gesellschaftsrechtlich offensichtlich, ist diese nachzuweisen (z. B. Prokura). Sind die vorgenannten Mindestanforderungen nicht erfüllt, wird der Bieter von der weiteren Auftragsvergabe ausgeschlossen. Objektive Kriterien für die begrenzte Auswahl der begrenzten Anzahl der Bewerber:

- wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Die Wertung erfolgt nach der auf der Internetseite <http://www.brandis.eu/de/wirtschaft-entwickeln/ausschreibungen> dargestellten Bewertungsmatrix.

Hinweis Losverfahren: Konkretisierung Losverfahren zur Ergänzung zu § 75 (6) VgV: erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, so wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Beabsichtigt ist ein stufenweise Beauftragung:

Stufe 1: Zeitraum 01.03.2018 bis 29.02.2020

Stufe 2 und jeweils fort folgende Stufen: jeweils Beauftragung für ein weiteres Jahr bis maximal zum voraussichtlichen Maßnahmeende 2026

Zunächst wird die Stufe 1 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Stufen besteht nicht.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus den schon vorhandenen Unterlagen, die vollständig auf der Internetseite <http://www.brandis.eu/de/wirtschaft-entwickeln/ausschreibungen> veröffentlicht sind.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- a) Erklärung des Bewerbers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB
- b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG
- c) Erklärung des Bewerbers, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen
- d) Ist der Bewerber eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßigem Geschäftszweck die dem Projektentsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers gem. § 43 Abs. 1 VgV i.V.m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der tatsächliche Leistungserbringer (Projektleiter) und dessen Stellvertreter die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllen.
- e) Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese im Teilnahmeantrag zu benennen. Der Bewerber muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist abzugeben.
- f) Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- a) Erklärung des Bewerbers über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2014, 2015, 2016) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 500 000 EUR netto.
- b) Erklärung des Bewerbers über den Umsatz des Bewerbers in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2014, 2015, 2016) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV für einschlägige Projekte. Mindestanforderung ist ein Umsatz (Jahresmittel) von 200 000 EUR netto .
- c) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 4 VgV. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung über 2 000 000 EUR für Personenschäden und über 2 000 000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden.
Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d.h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.
Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Der Versicherungsnachweis darf nicht älter als sechs Monate sein gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an und muss der Bewerbung beiliegen. Das Ausstellungsdatum muss aus dem Nachweis ersichtlich sein.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- zu a) Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 500 000 EUR netto.

- zu b) Mindestanforderung ist ein Umsatz (Jahresmittel) von 200 000 EUR netto für einschlägige Projekte.
 zu c) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung über 2 000 000 EUR für Personenschäden und über 2 000 000 EUR für Sachschäden.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- a) Erklärung des Bewerbers über die Anzahl der festangestellten Mitarbeiter und der Führungskräfte in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2014, 2015, 2016) gem. §46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 5 Mitarbeiter im Durchschnitt, davon mindestens 2 Ingenieure/ Architekten inklusive Geschäftsführung.
- b) Angabe der Fachkräfte gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, d.h. eindeutige Benennung des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters, Erklärung des Bewerbers über die Berufsqualifikation des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters gem. § 75 VgV. Die Person des Projektleiters erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn sie berechtigt ist, die Berufsbezeichnung "Architekt" (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder "Ingenieur" (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Die Person des stellvertretenden Projektleiters erfüllt die fachlichen Anforderungen, wenn sie berechtigt ist, die Berufsbezeichnung "Architekt" (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder "Ingenieur" (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung "Architekt" oder "Ingenieur" nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG -Berufsanerkennungsrichtlinie - gewährleistet ist.
- c) Die Berufserfahrung des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters mit einschlägigen Projekten ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung sind fünf Jahre Berufserfahrung für den Projektleiter und drei Jahre für den stellvertretenden Projektleiter mit einschlägigen Projekten.
- d) Angabe von mindestens drei Referenzen gem. § 75 Abs. 5 VgV. Referenzen können nicht mehrfach eingereicht werden.

Für die Referenzprojekte gilt folgende Mindestanforderung:

Der Referenzzeitraum muss zwischen 2008-2017 liegen.

Folgende Angaben sind bei den Referenzprojekten erforderlich:

- Bezeichnung des beauftragten Büros
- ggf. Benennung der Unterauftragnehmer
- Projektbezeichnung
- Name des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters
- Projektlaufzeit
- Projektvolumen brutto
- Einhaltung des Kosten- und Terminrahmens
- Honorar
- öffentliche Fördermittel bzw. öffentlicher Auftraggeber bzw. Vergaberichtlinien analog eines öffentlichen Auftraggebers
- Angabe, ob das Projekt beendet ist

Sonstiges:

- Projektdarstellung der Referenzprojekte auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten, graphische Darstellung z.B. mit Ansichten/Pläne, Fotos etc. und Beschreibung in Textform.

e) Der Auftraggeber behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten Auftraggebern über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu a) Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von 5 Mitarbeiter im Durchschnitt, davon mindestens 2 Ingenieure/Architekten inklusive Geschäftsführung.

zu b) Mindestanforderung an den Projektleiter: Berufsbezeichnung "Architekt" (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder "Ingenieur" (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV)

Mindestanforderung an den Stellvertretenden Projektleiter: Berufsbezeichnung "Architekt" (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder "Ingenieur" (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV)

zu c) Mindestanforderung sind fünf Jahre Berufserfahrung für den Projektleiter und drei Jahre für den stellvertretenden Projektleiter für einschlägige Projekte

zu d) Mindestens drei Referenzprojekte. Der Referenzzeitraum muss zwischen 2008-2017 liegen.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Es sind Nachweise nach Ziffer III.1.3) b) dieser Bekanntmachung vorzulegen.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 10/01/2018

Ortszeit: 12:00

- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
Tag: 16/01/2018
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
- A) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge sind rechtsgültig zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Bewerbungsfrist in einem verschlossenen Umschlag im Original bei der unter I.1) genannten Anschrift (siehe Rücksendeaufkleber) auf dem Postweg oder direkt einzureichen. Der Poststempel gilt nicht. Bei Abgabe durch einen Zustelldienst tragen die Bewerber Sorge dafür, dass sie den Nachweis über die rechtzeitige Einlieferung führen können. Nicht unterschriebene bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten.
- b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich in schriftlicher Form an den Auftraggeber unter verwaltung@stadt-brandis.de bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der Internetseite <http://brandis.eu/de/wirtschaft-entwickeln/ausschreibungen> bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht.
- c) Eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nicht zurückgesandt.
- d) Geforderte Nachweise sind in Kopie, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung der Bewerbung beizulegen.
- e) Informationspflicht des Bewerbers:
Die Teilnehmer / die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Internetseite zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Internetseite veröffentlicht.
Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen:
Ist der Teilnahmeantrag bereits versandt worden, so ist der Auftraggeberin bis zum Ende der Teilnahmefrist per E-Mail, an die zuvor genannte E-Mailadresse, mitzuteilen, sofern
- Der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,
 - Der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist vorliegen,

- Der alte Teilnahmeantrag -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber vorliegen muss,

- Der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In dem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss.

Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten wird.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Sachsen, Landesdirektion Leipzig
 Braustraße 2
 Leipzig
 04107
 Deutschland
 Telefon: +49 3419773800
 Fax: +49 3419771049

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
 Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs.3 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Sachsen, Landesdirektion Sachsen Dienststelle Leipzig
 Braustraße 2
 Leipzig
 04107
 Deutschland
 Telefon: +49 3419773800

Fax: +49 3419771049

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
06/12/2017